

Christlichsoziale Anträge und Anfragen.

Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter wird morgen einen Antrag, betreffend die Militärversorgung, einbringen, in welchem sie eine einheitliche Neuregelung unter Anwendung nachstehender Leitsätze verlangt:

1. In bezug auf die Versorgungsgenüsse ist zwischen dem Berufsheere und dem Volksheere zu unterscheiden.

2. Die Versorgungsgenüsse für das Berufsheer sind nach den für Staatsangestellte geltenden Grundsätzen in einer den gänzlich veränderten Verhältnissen ausreichend Rechnung tragenden Form zu erhöhen.

3. Die Versorgung der Angehörigen des Volksheeres hat in Berücksichtigung der militärischen Charge und der Zivilstellung des zu Versorgenden zu erfolgen nach diesen Gesichtspunkten.

4. Die Invalidenhausversorgung ist tunlichst auf solche Invalide zu beschränken, die infolge ihres Zustandes und mangels jeglicher Möglichkeit eines anderweitigen Unterkommens auf diese Art der Versorgung unbedingt angewiesen sind.

5. Die Unterscheidung zwischen Verwundung und Krankheit ist fallen zu lassen.

Die Klasseneinreihung des Invaliden wird von einer gemischten Kommission vorgenommen. Als Grundlage hierfür ist der frühere zivile Beruf maßgebend. Die Versorgungsrente darf nur zum Zwecke der Heimstättenversorgung und höchstens bis zur Hälfte kapitalisiert werden.

Die Abg. Hauser und Gen. beantragen betreffend die Kriegsfürsorge 1. eine einheitliche, den heutigen Verhältnissen gerecht werdende Regelung der materiellen Militärversorgung, 2. umfassende Maßnahmen zwecks ärztlicher Behandlung aller kranken, verwundeten und invaliden Militärpersonen, 3. großzügige Förderung aller auf Invalidenschulung, Berufsvermittlung, Eindämmung der Landflucht usw. gerichteten Bestrebungen, 4. Organisation der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, 5. Regelung der Heimstättenfrage und Innenkolonisation.

Die Abg. Hauser, Unterkircher, Pichler und Genossen fragen den Ministerpräsidenten, ob er die alleruntertänigste Bitte um Beurlaubung der über 50jährigen, zum Landsturmbienste herangezogenen Angehörigen landsturmpflichtigen Körperschaften oder doch deren Versetzung in das Hinterland und in die Nähe ihrer Heimat an Seine Majestät gelangen zu lassen geneigt sei.

Die Abg. Eichenhut, Parrer und Genossen beantragen Begünstigungen für die Nachlässe nach Teilnehmern am Kriege hinsichtlich der Immobiliargebühren.

Die Abgeordneten Dr. Ferzabel, Finkl, Loser und Genossen fordern die Regierung auf, auf Grund der bisherigen Arbeiten und unter Berücksichtigung der Lehren des Krieges einen Gesetzentwurf betreffend die Sozialversicherung vorzulegen.

Die Christlichsoziale Vereinigung fordert ferner ein neues Kongruanzgesetz, die Neuregelung der Zensur unter Anführung zahlreicher Beschwerdefälle usw.

Die Abgeordneten Dr. Ferzabel, Dr. Mataja und Genossen legen einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Regelung der Bezüge und Ruhegenüsse der in keine Rangklassen eingeteilten Staatsangestellten, bezw. ihrer Hinterbliebenen.

Die Abgeordneten List und Genossen beantragen, die Regierung möge an den raschesten Abbau der Zentralstellen schreiten, da diese von der „Miles“ erster Gründung angefangen bis zur letzten der „Dezeg“ stets Leerungen und Verschwinden der betreffenden Bedarfsgegenstände zur Folge hatten.

Die Abgeordneten Ferzabel und Genossen fordern detaillierte Berichte über die Tätigkeit sämtlicher Zentralen, den Abbau derselben noch während des Krieges und deren Ersatz durch den fachlich gebildeten Kaufmannsstand unter behördlicher Kontrolle der Preisbildung. Den Zentralen sei bis dahin die Erzielung von Gewinnen zu untersagen, die bisherigen Sebarungsüberschüsse durch Verbilligung der Waren für die minderbemittelte Bevölkerung zu verwenden.

Die Abg. Perwein, Schoiswohl und Genossen verlangen das gleiche Recht für alle bei Aufbringung der Volksnahrungsmittel, insbesondere beim Abschluß des Wildes.

Die Abg. Finkel und Genossen fordern, daß die Jagden in den Staatsforsten nicht mehr verpachtet werden, der Wildstand nur im Einklang mit der Hauptnutzung, dem forstlichen Betriebe, gehalten und das erlegte Wild zu mäßigen Preisen der Bevölkerung zugänglich gemacht und der Anbau von Nahrungsmitteln ermöglicht werde.

Die Abg. Eichenhut, Parrer und Genossen beantragen die Enthebung der selbständigen Landwirte, die im Armeebereiche Dienst machen.

Die Abg. List und Genossen verlangen, daß nach Beendigung des Krieges sämtliche für die Landwirtschaft verwendbaren Materialien und Gegenstände derselben direkt und billig im Wege der Gemeinden und Genossenschaften überlassen werden.

Die Abg. Finkl, Pichler, Schoiswohl, Loser und Genossen beantragen die Schaffung eines Elektrizitätsgesetzes, das zur Förderung der heimischen Produktion eine rationelle und umfassende Ausnützung der inländischen Wasserkräfte in die Wege leitet.

Die Abg. Mataja und Genossen verlangen die Bekanntgabe der Ergebnisse und Verhandlungen über den Ausgleich mit Ungarn.

Die Abg. Mataja und Genossen beantragen die Aenderung des Vereinsgesetzes, wonach die Sonderbestimmungen für politische Vereine zu lauten haben, daß sie weder Ausländer noch Personen unter 21 Jahren unter ihren Mitgliedern haben und verpflichtet sind, der Behörde auf Verlangen das Mitgliederverzeichnis, Rechenschafts- und Geschäftsberichte vorzulegen. Auch sollen politische Vereine miteinander in Verbindung treten können.

Die Abg. Dr. Stumpf, Dr. Mataja und Genossen beantragen die schleunigste Errichtung von Handelshochschulen.